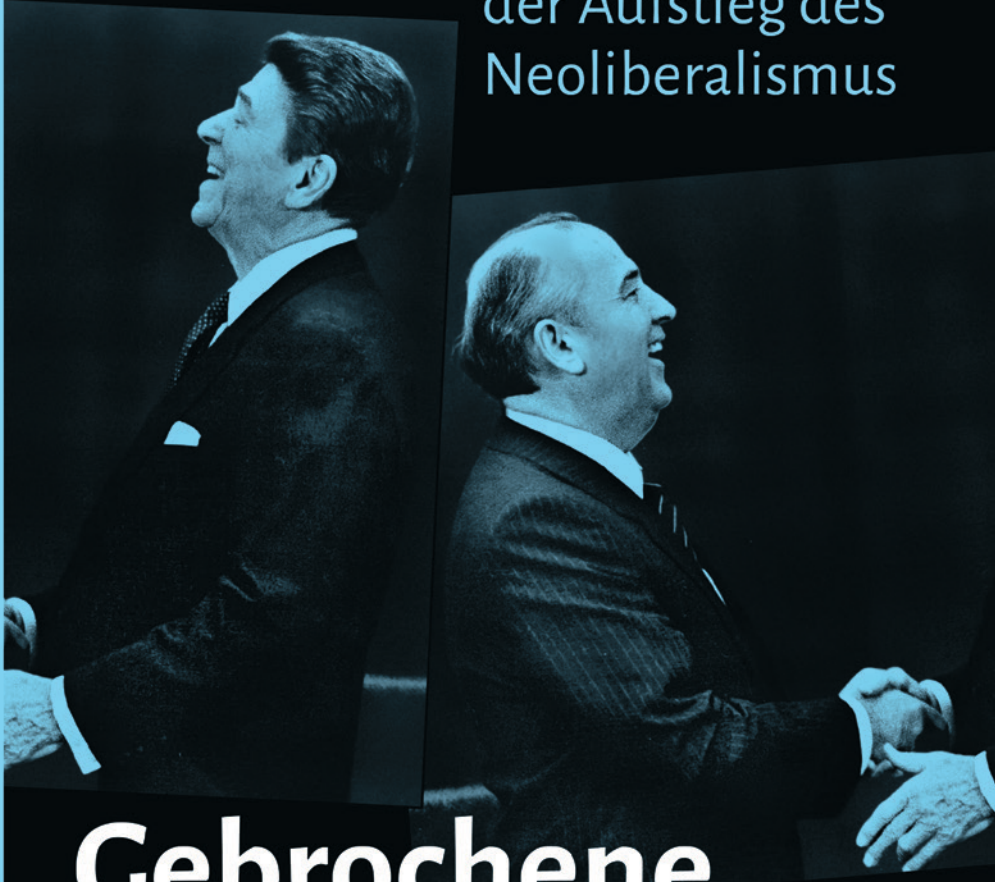


Fritz Bartel

Das Ende des
Kalten Krieges und
der Aufstieg des
Neoliberalismus



Gebrochene Versprechen

Leseprobe

Hamburger  Edition

Fritz Bartel

Gebrochene Versprechen

Das Ende des
Kalten Krieges und
der Aufstieg des
Neoliberalismus

Aus dem Englischen von
Felix Kurz und Utku Mogultay

Hamburger Edition

Einleitung: Versprechen geben, Versprechen brechen

Kurz vor Weihnachten 1989 gab es für die Menschen in Europa, die lange unter dem Joch des Kommunismus gelebt hatten, viele Gründe zu feiern. Die autoritären Regime, die nach dem Kriegsende über die Osthälfte des Kontinents zu herrschen begonnen hatten, waren rasch, unerwartet und friedlich der Reihe nach zusammengebrochen. Bürger, die sich lange gegen das immense Unrecht im Kommunismus gewehrt hatten, zogen in die Regierungsgebäude in Warschau, Budapest und Prag ein. Als am Abend des 9. November die Berliner Mauer fiel, war das erdrückendste Symbol der Teilung Europas und der Gefangenschaft Osteuropas niedergefallen. Nachdem sie vier Jahrzehnte lang von ihren freieren und reicheren Landsleuten in Westdeutschland getrennt gewesen waren, prägten ostdeutsche Bürger einen neuen Slogan der Einheit – »Wir sind ein Volk« –, und erstmals seit den frühen Nachkriegsjahren schien die deutsche Wiedervereinigung eine reale Möglichkeit zu sein. In Moskau hatte Generalsekretär Michail Gorbatschow die Politik von Glasnost und Perestroika eingeleitet, die die sowjetische Gesellschaft umwälzte und Osteuropa die Freiheit gab, sein eigenes Schicksal zu bestimmen und für alle Europäerinnen eine Zukunft vorstellbar machte, in der sie nicht mehr in zwei antagonistischen Blöcken, sondern in einem »gemeinsamen Haus Europa« leben würden. In Washington hatte sich US-Präsident Ronald Reagan in Übereinstimmung mit Gorbatschow für eine Welt ohne Nuklearwaffen eingesetzt und schon bald sprach sein Nachfolger George H.W. Bush von einer »Neuen Weltordnung«, die einer müden, aber hoffnungsvollen Welt doch noch dauerhaften Frieden und Wohlstand bringen könne. Insgesamt vollzog sich der

politische Fortschritt so rasant, dass Beobachter vom Jahr 1989 als einem *Annus mirabilis* zu sprechen begannen. Nach Jahrzehnten dumpfer Unterdrückung lag der Geist von Hoffnung und Erneuerung in der Luft.

László Kézdi scherte das nicht. Das Ende des Kalten Kriegs mochte ein welthistorischer Meilenstein sein, was dem Budapestener Rentner aber wenig Trost bot, als er seine ökonomische Sicherheit vor den eigenen Augen verpuffen sah. Die ungarische Regierung machte das Leben im Land mit jedem Tag schwieriger, und Kézdi bekam es zu spüren. Staatsfunktionäre hatten verkündet, dass Rentenbeziehende einen Weihnachtsbonus erhalten würden, um ihre finanziellen Sorgen abzufedern, aber die einmalige Geldspritze war verschwindend gering, denn in Ungarn schossen die Kosten für alles Mögliche in die Höhe. Als Kézdi Mitte Dezember genug hatte, schaffte er es auf die Seiten einer der führenden Zeitungen des Landes, wo er seinem Unmut in einem offenen Brief an den Finanzminister kundtat. »Herr Finanzminister László Békesi!«, begann er. »Ich wende mich respektvoll an Sie mit folgendem Ersuchen: Bitte senden Sie mir neben dem Weihnachtsbonus [...] als zusätzliches Geschenk auch einen ausreichend langen und robusten Strick. Ich muss wohl nicht weiter ausführen, wozu dieser Strick dienen wird.«¹

Kézdi erklärte, er habe sich seine staatliche Rente durch 42 Jahre harte Arbeit verdient. Unter dem kommunistischen Regime hatte ihm diese Rente ein zwar nicht glanzvolles, aber sorgloses Leben ermöglicht. Doch nun drehte sich der Wind. Die Regierung hatte unlängst die Preise vieler Produkte steigen lassen. Gas, Strom, Wohnungsbaudarlehen, Lebensmittel, öffentlicher Verkehr und sogar Arzneimittel schlugen allesamt teurer zu Buche. Die Preisanstiege hätten Kézdi in eine solch verzweifelte Lage gebracht, dass er sich, wie er schrieb, »ein menschenwürdiges Leben« nicht mehr leisten könne. Die finsternen Aussichten ließen ihm »keine Wahl«, außer sein Lebensende zu erwägen und seine besondere Bitte vorzutragen. »Geehrter Herr Békesi!«, so seine Schlussworte, »um dem Staatshaushalt nicht zur Last zu fallen, wiederhole ich mein Ersuchen: Bitte lassen Sie mir den Zusatzbonus in Form eines robusten Stricks zukommen. Ich bedanke mich im Voraus, László Kézdi.«²

Kézdis beißende Botschaft erschien nicht zufällig in einer Zeit des tiefgreifenden politischen Wandels. Ökonomische Disziplin – im weitesten Sinne verstanden als Regierungspolitik, die gezielt wirtschaftliche Härten verursacht – war der Auslöser für Kézdis sarkastischen Zorn und erwies sich als wirkungsvolle politische Kraft in den letzten zwei Jahrzehnten des Kalten Kriegs.³ Im mächtigsten Land der Welt waren dem Vorsitzenden der US-Notenbank Paul Volcker neun Jahre zuvor ähnlich wütende Reaktionen entgegengeschlagen. Als Volcker mit seiner restriktiven Geldpolitik

Millionen von Amerikanern in die Arbeitslosigkeit und die USA in die tiefste Rezession der Nachkriegszeit trieb, machten Bauunternehmer ihrem Ärger Luft, indem sie dem Chef der Federal Reserve Kanthölzer für die Errichtung von Häusern schickten, die nun nicht mehr gebaut werden konnten. Autohändler ließen Volcker Säрге voller Schlüssel von unverkauften Autos zukommen und Landwirte blockierten mit ihren Traktoren den Haupteingang der Fed-Zentrale, um gegen ihre steigenden Betriebskosten zu protestieren.⁴ Der heftige Widerstand gegen seine Zinserhöhungen brachte Volcker zu dem Schluss, Entscheidungsträger sollten einen wirtschaftlichen Abschwung stets zu vermeiden suchen, denn »in solchen Momenten schlägt die politische Flak gewöhnlich zu.«⁵

Trotz ihrer versuchten Umgehungsmanöver wurden Staatenlenker auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs in den 1970er und 1980er Jahren viele Male von einem Sperrfeuer getroffen, das sich gegen die ökonomische Disziplin richtete. Das vorliegende Buch erzählt die Geschichte, wie es zu diesen Momenten der Disziplin kam und wie sie zwei der entscheidenden globalen Transformationen des 20. Jahrhunderts hervorbrachten: das friedliche Ende des Kalten Kriegs und den Aufstieg des neoliberalen Kapitalismus. Beide Prozesse sind bereits in aufschlussreichen Studien untersucht worden, ohne sie jedoch als miteinander verknüpfte Produkte einer gemeinsamen Geschichte zu begreifen – nämlich der Geschichte der Weltwirtschaft im späten 20. Jahrhundert. Der Neoliberalismus – den ich als politische Ideologie verstehe, bei der Märkte dazu benutzt werden, den freien Waren- und Kapitalverkehr über Staatsgrenzen hinweg zu erleichtern, die Ungleichheit innerhalb von Nationalstaaten zu verschärfen und die Rolle des Staats in der ökonomischen und sozialen Absicherung der Bevölkerung zu beschränken – wird zwar schon lange ideengeschichtlich untersucht, doch die Frage, wie sein Aufstieg mit dem Kalten Krieg zusammenhing, fand dabei wenig Beachtung.⁶ Ebenso wurde das Ende des Kalten Kriegs drei Jahrzehnte lang ergiebig erforscht, aber selten gefragt, welche Rolle die Weltwirtschaft dabei spielte, das Ende einzuläuten.⁷

Diesen Fragen gehe ich hier nach, indem ich drei Faktoren in den Blick nehme, die bestimmend für die globale politische Ökonomie im späten 20. Jahrhundert waren: Energie, Finanzen und ökonomische Disziplin.⁸ Alle drei Faktoren gewannen an Bedeutung im Gefolge der Ölkrise von 1973, die der Ausgangspunkt meiner Darstellung ist, und ihre miteinander verflochtene Geschichte in den folgenden zwei Jahrzehnten trug entscheidend zum Ende des Kalten Kriegs und dem Aufstieg des neoliberalen Kapitalismus bei.

Für die Analyse dieser Transformationen bietet die Geschichte von Energie- und Finanzmärkten und ökonomischer Disziplin ein wertvolles

Werkzeug, denn als die drei Faktoren in den 1970er und 1980er Jahren umfassend in Erscheinung traten, führte dies zu einer grundlegenden Verschiebung des politischen, ökonomischen und ideologischen Felds, auf dem der Kalte Krieg ausgetragen wurde. Am Anfang dieses geopolitischen Konflikts in den 1940er Jahren hatten demokratisch-kapitalistische und staatssozialistische Regierungen miteinander darum konkurriert, den in ihren Ländern vorherrschenden Gesellschaftsvertrag auszuweiten, um ihre Bevölkerungen für sich zu gewinnen. Sie hatten, anders gesagt, darum gerungen, das ihrem Volk gemachte Versprechen eines besseren Lebens einzulösen. Nachdem der wirtschaftliche Schrecken der Großen Depression zu Faschismus und Weltkrieg geführt hatte, war es nach 1945 sowohl im Osten als auch im Westen ein grundlegendes Gebot des politischen Lebens, dass die Hauptaufgabe einer Regierung darin bestehen sollte, mithilfe der Kräfte der industriellen Moderne die ökonomische Sicherheit und das Wohlfgehen der eigenen Bevölkerung zu stärken. Demokratischer Kapitalismus und Staatssozialismus waren zwar sehr uneins in der Frage nach dem optimalen Verhältnis von Sicherheit und Wohlstand – da kommunistische Regime das Wohlstandsniveau des Westens nicht erreichten, versprachen sie ihren Bürgern mehr ökonomische Sicherheit –, aber dieser Unterschied war kein wesentlicher, sondern ein gradueller. Regierungen, ob kommunistisch oder kapitalistisch, wetteiferten in den ersten zweieinhalb Jahrzehnten des Kalten Kriegs darum, die Gesellschaftsverträge in ihren Ländern weiter zu fassen.

Ich bezeichne dieses gemeinsame politische Feld in der ersten Hälfte des Konflikts als »Politik der Versprechen«. Kapitalistische und kommunistische Staaten konkurrierten dabei miteinander, indem sie ihren Bevölkerungen jeweils zwei verschiedene Fassungen der industriellen Moderne, zwei verschiedene Bündel an Regierungsversprechen anboten. Natürlich wurden diese Versprechen nicht allen Bürgerinnen gegenüber gleichermaßen eingehalten; meist verfestigte die Politik der Versprechen die in den Ländern herrschenden Hierarchien entlang von *race*, Ethnizität und Geschlecht. Dennoch entstanden überall im Westen um die Jahrhundertmitte Wohlfahrtsstaaten, in denen Unternehmensgewinne umverteilt wurden, während Regierungen die Gewerkschaften stärkten, um auch die Arbeiterklasse an den Vorzügen des Industriekapitalismus gerecht teilhaben zu lassen.⁹ Im Osten nahm Nikita Chruschtschow das exorbitante Wirtschaftswachstum und die wissenschaftlichen Fortschritte in den 1950er Jahren zum Anlass für die Erklärung, sein Land werde bis 1980 den Kommunismus erreicht haben – im Marxismus-Leninismus die höchste Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung und gesellschaftlichen Organisation. Auf dem Weg dorthin wollte die Kommunistische Partei das Land durch

staatlich gesteuerte Industrialisierung modernisieren und seine Bürger mit Arbeitsplatzgarantie und Wohnraum, sozialen Aufstiegsmöglichkeiten, reichlicher Lebensmittelversorgung, einem hochwertigen Bildungs- und Gesundheitssystem, längerem Urlaub und kürzeren Arbeitszeiten belohnen.¹⁰ Diese Annehmlichkeiten waren der Stoff, der in der Nachkriegszeit politische Legitimation verhielt, und beide Seiten im Kalten Krieg stützten den Anspruch der eigenen Überlegenheit auf die Fähigkeit ihrer Regierungen, das gute Leben der industriellen Moderne großzügig und gerecht verteilen zu können.

Die Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre ließen die materiellen Grundlagen dieses Wettbewerbs kippen und die Politik der Versprechen untragbar werden. Als die Sektoren Energie und Finanzen zu bestimmenden Größen der globalen Wirtschaft wurden, wandelte sich der Kalte Krieg von einem Rennen um die Ausweitung von Gesellschaftsverträgen zu einem Rennen um deren Einschränkung. Von den Energie- und Finanzmärkten ging auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs ein immenser Druck auf Regierungen aus, ihre Volkswirtschaften den Anforderungen des Weltmarkts anzupassen. Dieser Prozess nahm verschiedene Formen an: Deindustrialisierung; Bemühungen zur Steigerung der Energieeffizienz; Wettbewerb mit den neu industrialisierten Staaten Ostasiens und eine umfassende Verschiebung vom extensiven Wachstum (größerer Output durch Erhöhung des Inputs an Kapital, Arbeit, Grund und Boden) zum intensiven Wachstum (größerer Output durch effizienteren Einsatz dieser Inputs), wie es im ökonomischen Jargon heißt. Trotz ihrer Vielgestaltigkeit wiesen diese Anpassungen alle in ein und dieselbe Richtung: hin zu einer Politik der ökonomischen Disziplin.

In den 1970er und 1980er Jahren stellte sich die zentrale Herausforderung für kapitalistische und kommunistische Staaten somit als eine grundlegend andere dar als in den Dekaden nach 1945. Statt des Rennens darum, das Wohlergehen ihrer Bevölkerungen zu erhöhen, waren Regierungen im Osten wie im Westen nun mitunter gezwungen, Wohlstand und Absicherung in ihren Gesellschaften zu reduzieren. Statt Versprechen zu geben, mussten sie sie nun brechen. Wie der ökonomische Druck, auf den sie reagierten, nahm das verschiedenste Formen an: Subventionsabbau zulasten einflussreicher Interessengruppen, Schließungen unprofitabler Unternehmen, Entlassungen überflüssiger Arbeitskräfte, Auferlegung monetärer und fiskalischer Austerität sowie Liberalisierung von Handels- und Kapitalströmen. Immer und überall aber war dies ein äußerst schwieriger politischer Akt, den keine Regierung, ob kapitalistisch oder kommunistisch, mit Vergnügen oder Stolz zu vollziehen vermochte. Nach 1973 wurde die neue »Politik der gebrochenen Versprechen« zu dem Feld, auf dem der

demokratische Kapitalismus und der Staatssozialismus ihren Wettbewerb austrugen, und was dabei auf dem Spiel stand, war nicht weniger als existenziell. Regierungen, denen es gelang, ökonomische Disziplin durchzusetzen, ohne eine destabilisierende gesellschaftliche Gegenreaktion herauszufordern, sicherten ihr Überleben; jene, denen dies nicht gelang, brachen zusammen.

Der Kalte Krieg begann als Rennen darum, Versprechen zu *geben*, aber endete als Rennen darum, Versprechen zu *brechen*, so die These dieses Buchs. Der demokratische Kapitalismus setzte sich im Kalten Krieg durch, weil er imstande war, sich ökonomische Disziplin aufzuerlegen; der Kommunismus kollabierte, weil ihm dies nicht gelang. Als der Kalte Krieg abebbte, erlebte der Neoliberalismus einen Aufstieg, da seine marktfreundliche, anti-etatistische Rhetorik Regierungen einen ideologischen Rahmen bot, um soziale Einschnitte vorzunehmen. Demokratische Wahlen und neoliberale Ideologie boten den westlichen Staaten die politischen und ideologischen Werkzeuge, mit denen sie diese Herausforderung bewältigten. Die kommunistischen Ostblockstaaten verfügten nicht über diese Werkzeuge, weshalb sie ihre politischen Systeme demokratisierten und sich ideologisch erneuerten, um auf diesem Wege ökonomische Disziplin durchzusetzen. Das Ende des Kalten Kriegs war somit ein Triumph der gebrochenen Versprechen, denn was ihn letztlich prägte und die neoliberale globale Ökonomie des späten 20. Jahrhunderts ins Leben rief, war die Herausforderung, sich ökonomische Disziplin aufzuerlegen.



An dieser Stelle scheint es ratsam darzulegen, was ich unter dem Ende des Kalten Kriegs verstehe. Was bedeutet es und wie lässt es sich erklären?¹¹ Ich bin mittlerweile davon überzeugt, dass es vier verschiedene Prozesse umfasst, die sich in den späten 1980er Jahren entfalteten:¹² das Ende des atomaren und konventionellen Wettrüstens zwischen der Sowjetunion und den USA;¹³ das Ende der globalen ideologischen Konkurrenz zwischen demokratischem Kapitalismus und Staatssozialismus;¹⁴ den friedlichen Zusammenbruch der kommunistischen Staaten in Osteuropa (mit kurzzeitiger Ausnahme in Rumänien) und der Sowjetunion¹⁵ sowie die Wiedervereinigung Deutschlands.¹⁶

Vor diesem Hintergrund stechen zwei Aspekte unmittelbar hervor. Erstens spielten sich die genannten Prozesse sowohl *innerhalb* als auch *zwischen* Nationalstaaten ab. Zweitens ging es dabei um Veränderungen von materiellen wie ideellen Strukturen – oder einfacher gesagt: von *Macht* und *Identität*. Diese vier Merkmale traten in den Prozessen, die zum Ende des Kalten Kriegs führten, unterschiedlich stark hervor. Ein anschauliches Bei-

spiel dafür bietet das Ende des atomaren Wettrüstens, da es fraglos sowohl von der Diplomatie zwischen den Supermächten als auch von der Politik innerhalb der einzelnen Staaten abhing. Zugleich war dieser Prozess an bedeutende Veränderungen des Status der Supermächte im internationalen System und an ein neues Selbstverständnis der Sowjetführung hinsichtlich ihrer Rolle in der Welt geknüpft. Bei den Revolutionen von 1989 zeigten sich dagegen anders gelagerte Veränderungen von Macht und Identität innerhalb und zwischen Nationalstaaten. Was die Umbrüche begünstigte, war die Entscheidung der Sowjetunion, nicht in sie einzugreifen – also eine zwischenstaatliche Dynamik –, doch maßgeblich waren auch Entwicklungen innerhalb der osteuropäischen Länder. Die Revolutionen ergaben sich durch Verschiebungen materieller Macht – im Bereich der Energie- und Kapitalmärkte, wie ich argumentieren werde –, aber ebenso dadurch, dass staatssozialistische Regierungen ihre lange Zeit hochgehaltene sozialistische Identität einer Revision unterzogen.

Will man die Geschichte vom Ende des Kalten Kriegs erzählen, liegt eine erste Schwierigkeit folglich darin, eine Erklärung zu entwickeln, in der diese Dimensionen des Wandels – Innenpolitik und internationale Beziehungen, Macht und Identität – miteinander verzahnt sind. Konkret bedeutet das: Um sein Ende *als geopolitischer Konflikt* zu erklären, gilt es, den Zusammenbruch des Kommunismus *als Regierungssystem* nachzuvollziehen. Angesichts der Tatsache, dass es nicht zuletzt von innerstaatlichem Wandel geprägt war, bliebe eine Darstellung, die nur auf internationale Beziehungen fokussiert ist, unvollständig. Dasselbe gilt in Bezug auf materielle und ideelle Strukturen. Berücksichtigt eine Erklärung nur eines von beidem, ist sie auch nur begrenzt aussagekräftig. Die Geschichtsschreibung muss daher alle vier Dimensionen einbeziehen: Verschiebungen innerhalb und zwischen Nationalstaaten sowie Veränderungen von Macht und Identität.

Die zweite Schwierigkeit besteht darin, dass dem Ende des Kalten Kriegs eine historische Sonderstellung zukommt, und zwar aus einem wichtigen Grund: Im gesamten Verlauf dieses Prozesses gaben die Herrschenden ihre imperiale und autoritäre Macht *willentlich* und *friedlich* auf. Diese außergewöhnliche Entwicklung manifestierte sich innerhalb wie auch zwischen Nationalstaaten. Die Sowjetunion ließ ab von der globalen Konfrontation mit den USA und ihrem Imperium in Osteuropa, während sich die Regierungen im gesamten Ostblock friedlich entmachten ließen (wie erwähnt mit der Ausnahme von Nicolae Ceaușescu in Rumänien). Aufgrund dieser Besonderheit war das Ende des Kalten Kriegs so schwer vorherzusagen und ist es auch rückblickend schwer zu erklären. Historische Darstellungen, die keine schlüssige Erklärung dafür bieten, warum impe-

riale Macht und Autorität in den späten 1980er Jahren durchweg aufgegeben wurden, bleiben ungenügend.

Eine dritte Herausforderung betrifft den zeitlichen Aspekt. Der Kalte Krieg währte vier Jahrzehnte lang – lang genug, um einen seiner scharfsinnigsten Beobachter zu der Bemerkung zu veranlassen, er sei die Phase des »langen Friedens« zwischen den Großmächten gewesen.¹⁷ In den späten 1980er Jahren fand diese Phase jedoch ein abruptes Ende, weshalb sich die Frage nach dem Zeitpunkt aufdrängt. Eine schlüssige Erklärung muss nicht nur darlegen, warum der Konflikt endete, sondern auch, warum dies gerade *damals* geschah.

Ein viertes Problem besteht darin, das wesentliche Resultat dieser Entwicklung zu erklären: die Entstehung parlamentarischer Demokratien und neoliberaler Marktwirtschaften in den ehemaligen Ostblockstaaten, deren Erfolg, Langlebigkeit und Legitimität von Land zu Land variierten. Rückblickend betrachtet man dieses Ergebnis leicht als selbstverständlich, doch als sich das Ende des Kalten Kriegs anbahnte, hielten es nur wenige für vorbestimmt. Demokratie und neoliberale Marktwirtschaft waren nicht das einzig mögliche Szenario, was die Frage aufwirft, warum es dazu kam. Eine Antwort auf diese Frage zu finden, ist daher die vierte und letzte Schwierigkeit für die Geschichtsschreibung.

Das Buch geht diese Herausforderungen auf zweierlei Weise an: Zum einen verwendet es bislang unberücksichtigtes erhellendes Material aus Archiven auf beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs; zum anderen entwickelt es einen neuen Ansatz, der die Prozesse des ökonomischen und des politischen Wandels im späten Kalten Krieg miteinander verknüpft. Ausgangspunkt dafür ist die Überzeugung, dass Energieressourcen und Finanzmärkte durch die Ölkrise von 1973 in der internationalen Politik enorm an Stellenwert gewonnen haben. Diese Entwicklung war derart bedeutend, dass sie eine grundlegende Verschiebung im globalen Wettbewerb zwischen demokratischem Kapitalismus und Staatssozialismus forcierte: Sie löste eine Privatisierung des Kalten Kriegs aus.



In den ersten zweieinhalb Jahrzehnten des Kalten Kriegs spielten Energie- und Finanzmärkte eine vergleichsweise kleine Rolle für die Politik der Versprechen im Osten wie im Westen. Bis zu seinem Ende im Jahr 1971 koppelte das Bretton-Woods-System die westlichen Währungen über feste Kurse aneinander und steuerte die kurzfristigen transnationalen Kapitalströme innerhalb der westlichen Welt. Die globalen Finanzmärkte, die in den 1970er und 1980er Jahren große Bedeutung erlangten und als Euromärkte bekannt wurden, existierten in den 1940er Jahren noch nicht,

waren auch am Ende der 1950er Jahre von sehr begrenztem Umfang und blieben über die 1960er Jahre hinweg eher überschaubar. Obwohl sie nicht am Bretton-Woods-System beteiligt waren, übten die Ostblockstaaten eine noch strengere Kontrolle über Handel und Finanzen aus. Ihre Währungen waren weder untereinander noch gegen westliche Währungen frei konvertierbar, was bedeutete, dass auch sie völlig unter staatlicher Kontrolle standen. Abgesehen von einigen Bankfilialen im Westen, über die er seinen internationalen Handel abwickelte, blieb der Ostblock insgesamt lange Zeit isoliert von der Entstehung der Euromärkte.

Bis in die frühen 1970er Jahre war Energie in der kapitalistischen Welt billig und im Überfluss vorhanden, in der kommunistischen Welt dagegen billig und knapp. Die Fülle im Westen und die Knappheit im Osten führte ironischerweise dazu, dass sie auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs noch nicht den Stellenwert besaß, der ihr nach 1973 zukam. Der niedrige Preis und die ununterbrochene Ölversorgung hatten es den westlichen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglicht, auf Massenkonsum ausgerichtete Industriegesellschaften aufzubauen, die es wenig kümmerte, wofür das Öl verwendet wurde oder wo es herkam. Erst nach 1973 dämmerten den westlichen Gesellschaften die Implikationen des fieberhaften Konsums einer Ware, deren Preis und Produktion sie nicht kontrollierten.¹⁸ Im Osten hatte die Sowjetregierung in den 1950er Jahren im weiten Hinterland ihres Staates nach Vorkommen suchen lassen, bis schließlich in den 1960er Jahren in Westsibirien einige der größten Ölfelder weltweit gefunden wurden. Ihre Erschließung zog sich hin, sodass die Sowjetunion und damit auch der gesamte Ostblock erst in den frühen 1970er Jahren, kurz bevor die Ölkrise zuschlug, in »den Luxus billiger und effizienter Energie« kamen.¹⁹ Nach dem Ölpreisschock bescherte dieser Luxus dem Kreml durch Weltmarktexporte von Öl und Erdgas volle Kassen und machte Energie zur materiellen Grundlage seiner Macht. Allerdings setzte diese Entwicklung nicht vor 1973 ein. In den ersten zweieinhalb Jahrzehnten des Kalten Kriegs waren weder Energie noch der Finanzsektor besonders relevant für die über soziale Versprechen ausgetragene Systemkonkurrenz.

Bis 1970 gründeten Macht und Legitimation in beiden Lagern nicht auf den Sektoren Energie und Finanzen, sondern vielmehr auf dem industriellen Wirtschaftswachstum. Wie Abbildung 0.1 zeigt, war die Weltwirtschaft in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten geprägt von einer historisch einmaligen Phase starken Wachstums, die sich seitdem so nicht mehr wiederholt hat.²⁰

Infolge dieses Wachstums erlebten Menschen weltweit, besonders aber im Ostblock und im Westen, einen kontinuierlichen Anstieg des Lebensstandards auf ein in der Geschichte nie dagewesenes Niveau. In der

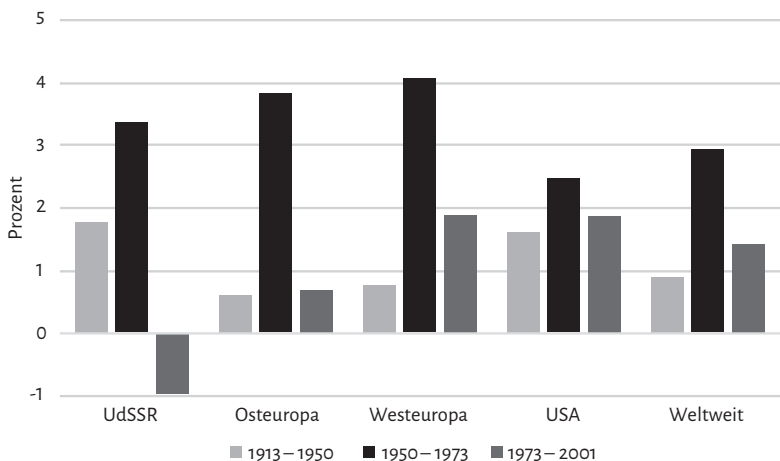


Abb. 0.1 Durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum pro Kopf in drei Perioden.
 Quelle: Maddison, *The World Economy. Vol. II, Tab. 8b, S. 640.*

kapitalistischen Welt erinnern verschiedene Bezeichnungen an diese einzigartige Phase: In Westdeutschland hieß sie das »Wirtschaftswunder«, in Frankreich *les trente glorieuses* (»die glorreichen dreißig Jahre«), heute sprechen Historiker schlicht vom »goldenen Zeitalter« des Kapitalismus.²¹ Der Ostblock konnte damals durchaus mit dem Wachstum im Westen Schritt halten. Von 1950 bis 1973 legte das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Westeuropa im Jahresdurchschnitt um 4,1 Prozent und in den USA um 2,5 Prozent zu; in Osteuropa waren es 3,8 und in der Sowjetunion 3,4 Prozent.²² Doch natürlich waren die beiden Lager einander wirtschaftlich nicht ebenbürtig. Der Westen war bereits in der Nachkriegszeit die wesentlich wohlhabendere Region und blieb dies auch in den frühen 1970er Jahren. Massenkonsum wurde hier Wirklichkeit, im Osten dagegen blieb er ein fernes Ziel. Dennoch konnten die Ostblock-Regierungen in den ersten beiden Jahrzehnten des Kalten Kriegs glaubhaft erklären, dass sie das Wachstum des Westens einholen oder sogar übertreffen werden.

Zur wohl berühmtesten Szene im frühen Wettbewerb der Versprechen kam es 1959 mit der spontanen »Küchendebatte«, die sich Sowjet-Generalsekretär Nikita Chruschtschow und US-Vizepräsident Richard Nixon bei der Amerikanischen Nationalausstellung in Moskau lieferten. Bei einer Küche angekommen, die die vielen materiellen Annehmlichkeiten des kapitalistischen *Way of Life* zur Schau stellen sollte, begannen die beiden, über die Vorzüge ihrer jeweiligen Systeme zu diskutieren. Vor einem weltweiten Fernsehpublikum pries Nixon das amerikanische, in dem sich »jeder Stahl-

arbeiter« ein Eigenheim samt Geschirrspüler und Farbfernseher leisten könne. Chruschtschow prahlte, im Kommunismus hätten die Arbeiter ein »Recht auf Wohnen«, und erklärte, innerhalb von sieben Jahren werde die Sowjetunion »Amerikas Niveau erreichen, und dann gehen wir noch weiter. Wenn wir an euch vorbeiziehen, winken wir freundlich, und wenn ihr wollt, halten wir an und laden euch ein, ›Kommt bitte gern hinter uns her.«²³ In den ersten 25 Jahren war der Kalte Krieg ein Wettbewerb zwischen zwei Systemen, deren Regierungen mit sozialen Versprechen antraten, die durch ein beispielloses Wirtschaftswachstum verbürgt waren.

Um 1970 herum trat jedoch etwas Unerwartetes ein. Entgegen den zuversichtlichen Vorhersagen für den demokratischen Kapitalismus wie auch den Staatssozialismus stagnierte das Wirtschaftswachstum in *beiden* Systemen erheblich. Diese Stagnation hatte viele Ursachen. Die rasanten wirtschaftlichen Gewinne im Rahmen des Nachkriegswiederaufbaus waren ausgeschöpft; das extensive Wachstum hatte seine Grenzen erreicht; die Arbeiterlöhne schossen in den späten 1960er Jahren in die Höhe, während die Unternehmensgewinne einbrachen; und vor allem begann das Produktivitätswachstum langfristig zurückzugehen, ohne dass sich dieser Trend bis heute umgekehrt hätte.²⁴ Internationale Historikerinnen haben sich meist ausschließlich auf die wirtschaftliche Stagnation des Ostblocks in den 1970er und 1980er Jahren fokussiert. Doch einschlägige historische Darstellungen mit Untertiteln wie »The Great Slowdown« (»Die große Flaute«) oder »The Descent of Growth« (»Wachstum auf Talfahrt«) befassen sich nicht etwa mit dem Kommunismus, sondern mit dem Kapitalismus der 1970er Jahre.²⁵ Erst in den 1980er Jahren, als sich das Wachstum leicht erholte und die Inflation in den kapitalistischen Staaten deutlich zurückging, gewann der Westen sein Vertrauen in die natürliche Überlegenheit des Kapitalismus zurück. In der Dekade davor schienen die wirtschaftlichen Probleme des Westens nicht weniger hartnäckig zu sein als die des Ostens.²⁶

Vor dem Hintergrund dieses verlangsamten Wachstums kam 1973 plötzlich die Ölkrise auf und veränderte ein für alle Mal die Weltwirtschaft und den Kalten Krieg. Als sich der Preis der wichtigsten Ware der Welt um das Vierfache erhöhte (Abb. o.2), entstanden sowohl der Druck, Versprechen zu brechen, *als auch* die Mittel, um diesen Druck abzuwenden. Einerseits ließ der Preisschock die energieintensiven Industrien im Osten und Westen anachronistisch werden, womit der langfristige Übergang zu einer deindustrialisierten entwickelten Welt eingeläutet war. In den folgenden drei Jahrzehnten ging diese grundlegende Umwälzung der Weltwirtschaft mit zahllosen Unternehmenspleiten, breitem Stellenabbau und Austeritätsmaßnahmen einher. Andererseits beschleunigte eben der vierfache

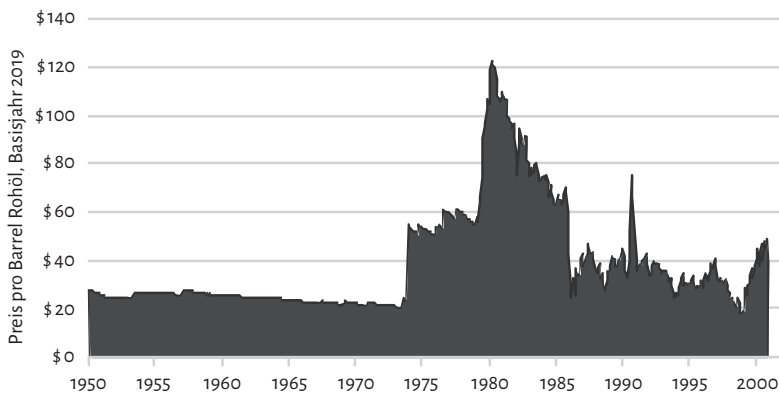


Abb. o.2 Weltpreis von Rohöl in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Datenquelle: Entnommen und neuformatiert aus MacroTrends, »Crude Oil Prices – 70 Year Historical Chart«, <https://www.macrotrends.net/1369/crude-oil-price-history-chart> [20.12.2024].

Preisanstieg die Erschließung zweier großer Reichtumsquellen – nämlich der globalen Kapitalmärkte und Energieressourcen –, die von Nationalstaaten genutzt werden konnten, um den schwierigen Schritt hin zu einer Welt der hohen Energiepreise zu vermeiden.

Mit der rasanten Zunahme an Finanz- und Energievermögen in den 1970er Jahren trat das bestimmende Merkmal des privatisierten Kalten Kriegs hervor: Nationalstaaten wurden für »Kanonen und Butter« abhängig vom Finanzsektor und Öl. Solange sie Zugang zu globalen Kapitalmärkten oder Energieressourcen hatten, konnten sie weiterhin ihre Außen- und Innenpolitik finanzieren und die Anpassung an die Schocks der Ölkrise hinauszögern. Sie konnten, anders gesagt, weiterhin nach außen den Kalten Krieg führen und nach innen Versprechen geben.

Verloren sie diesen Zugang dagegen, mussten sie in ihrer Politik frühere Versprechen aufkündigen, um die Gunst der Kapitalmärkte zurückzugewinnen oder einen Abschwung der weltweiten Energiepreise zu überstehen. Konkret konnte das heißen, dass Regierungen zu einer anderen Innen- oder Außenpolitik gezwungen waren, indem sie ihre Verpflichtungen gegenüber inländischen Interessengruppen, internationalen Verbündeten oder im Verteidigungsbereich zurückschraubten. In den folgenden Kapiteln werden wir Beispiele für alle drei Vorgehensweisen sehen.

Im Kern kreiste der privatisierte Kalte Krieg daher um eine soziale Frage: Wie ließen sich die Gesellschaftsverträge zurechtstutzen, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Osten und Westen entstanden waren? Die Fähigkeit, Versprechen zu brechen, erwies sich dabei als Schlüsselfaktor, der

über Untergang oder Überleben von Staaten entschied. Diese soziale Frage ins Zentrum des privatisierten Kalten Kriegs zu stellen, bedeutet, dass Ideologie und Innenpolitik wesentliche Bestandteile der Geschichte dieses Konflikts waren. Staatsführungen mussten ihre Revisionen am Gesellschaftsvertrag gegenüber Interessengruppen im Inland in ideologischen Begriffen rechtfertigen. Um diese Herausforderung zu bewältigen, transformierten Regierungen während des privatisierten Kalten Kriegs ihre herrschenden staatlichen Ideologien und innenpolitischen Strukturen. Der Erfolg oder Misserfolg dieser Transformation war, wie wir noch sehen werden, entscheidend für das Schicksal dieser Staaten.

Mit Blick auf die grundlegende Frage der Beziehung zwischen ökonomischem und politischem Wandel entwickelt dieses Buch somit eine sehr spezifische Perspektive, an der auch deutlich wird, inwiefern sich die Geschichte des Kalten Kriegs mit der des Neoliberalismus überschneidet. Im privatisierten Kalten Krieg trieb die wirtschaftliche Herausforderung, Versprechen zu brechen, Regierungen im Osten wie im Westen dazu, ein politisch und ideologisch »neues Denken« anzunehmen. Historiker des Kalten Kriegs verbinden ein solches »neues Denken« gewöhnlich mit einer bestimmten idealistischen Strömung, die in der Sowjetunion im Kreis der Reformkräfte um Michail Gorbatschow aufkam. Von diesem engeren Kontext gelöst, zeigt sich jedoch, dass viele Regierungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs in den 1970er und 1980er Jahren verschiedene Formen neuen Denkens übernommen haben. Obwohl sie von unterschiedlichen ideologischen Traditionen ausgingen, hatten diese neuen Denkweisen dennoch etwas gemeinsam – es handelte sich durchweg um Ansätze zur Umsetzung ökonomischer Disziplin oder, mit anderen Worten, um Ansätze des neoliberalen Regierens.

Das soll nicht heißen, der Wandel der Weltwirtschaft hätte die *Entstehung* des neuen Denkens völlig bestimmt, sondern bedeutet vielmehr, dass er die *Übernahme* des neuen Denkens in Regierungen und Gesellschaften vorangetrieben hat. Ob es der Thatcherismus in Großbritannien, der Monetarismus und die Deregulierung in den USA, Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion oder die Demokratisierung am Runden Tisch in Polen und Ungarn waren: Überall verschrieben sich Regierungen neuen Denkweisen, weil sie die ideologischen und politischen Mittel zu bieten schienen, um ein bestimmtes Ziel – den Bruch von Versprechen – zu erreichen.

Margaret Thatcher und Michail Gorbatschow werden oft als Inbegriffe für entgegengesetzte Formen des »neuen Denkens« der 1980er Jahre herausgestellt: Thatcherismus versus Perestroika. Folgt man dagegen der Perspektive, die die beiden selbst auf das Verhältnis zwischen ihren Unternehmungen hatten, werden mehr Ähnlichkeiten erkennbar, als man zunächst

denkt. 1987 berichtete der sowjetische Generalsekretär seinen Genossen im Politbüro von den jüngsten Gesprächen mit westeuropäischen Führungsfiguren, von denen die bekannteste Thatcher war. »Auch sie führen eine Perestroika durch«, ließ Gorbatschow seine Genossen wissen.²⁷ Sie »gehen grob vor [...], auf die kapitalistische Art«, während die Sowjets »eine andere Situation« und »andere Ideen« hätten. Aber »auch wir dürfen nicht zurückweichen«. Zwei Jahre später sah Thatcher ebenfalls eine Parallele. Als sie 1989 Gorbatschow begegnete, erzählte sie ihm, sie verstehe, welcher gewaltigen Aufgabe er sich angenommen habe, denn sie hätte in ihrem Land »eine vergleichbare Perestroika« eingeläutet.²⁸ Die Energie- und Finanzmärkte konfrontierten Nationalstaaten nach 1973 mit der Herausforderung, soziale Versprechen zu brechen, und um sich ihr zu stellen, wurden gesellschaftliche Ordnungen und Ideologien angepasst.

Tatsächlich liefen diese Bemühungen in Richtung des Neoliberalismus zusammen. Ende der 1980er Jahre versuchten Regierungen auf *beiden* Seiten des Eisernen Vorhangs, den freien Waren- und Kapitalverkehr über nationale Grenzen hinweg zu erhöhen; auf *beiden* Seiten versuchte man, die Rolle des Staats bei der ökonomischen und sozialen Absicherung der eigenen Bevölkerung zu begrenzen; und auf *beiden* Seiten wurde die soziale Ungleichheit vorangetrieben. Dass Thatcher und Gorbatschow ihre Vorhaben miteinander verglichen, war mehr als bloße Rhetorik; stattdessen zeigte sich darin die beidseitige Anerkennung der Tatsache, dass man vor derselben Herausforderung stand und sogar dasselbe Ziel verfolgte: die Umsetzung schmerzhafter ökonomischer Reformen in der Hoffnung, das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln.

Diese Herausforderung, die im privatisierten Kalten Krieg letztlich über das Schicksal von Staaten entschied, stellte sich zwar auf der Ebene der einzelnen Länder, war aber auch stark von Veränderungen auf internationaler Ebene geprägt. Tatsächlich waren es gerade Entwicklungen auf den globalen Energie- und Finanzmärkten, die Regierungen vor diese Aufgabe stellten. Dass solche Verschiebungen auf internationaler Ebene stattfanden, heißt jedoch nicht, dass es sich notwendigerweise um ein Resultat zwischenstaatlicher Beziehungen handelte. Die Welt des privatisierten Kalten Kriegs war eine, in der staatliche und nichtstaatliche Akteure um Einfluss und Kontrolle konkurrierten. Zahlreiche Umwälzungen auf den Energie- und Finanzmärkten entzogen sich dem Machtbereich der einzelnen Nationalstaaten. Im privatisierten Kalten Krieg spielten nichtstaatliche ökonomische und finanzielle Akteure häufig eine zentrale und oft sogar noch wichtigere Rolle als Regierungen. Es war die Zeit, in der das nebulöse, aber ungemein machtvolle »Urteil des Markts« über Gedeih und Verderb der Nationen zu entscheiden begann.

Regierungen hatten zwar keine vollständige Kontrolle über die Energie- und Finanzmärkte, konnten im privatisierten Kalten Krieg jedoch Macht ausüben, indem sie den Zugang anderer Staaten zu ihnen beeinflussten. Im neuen internationalen System bestand die Kunst der Staatsführung nicht zuletzt darin, anderen diesen Zugang zu gewähren oder zu verwehren, und die Diplomatie des späten Kalten Kriegs spiegelte diese Realität wider. In den 1970er Jahren trugen die Sowjetunion und ihre westlichen Gegenspieler auf den Energie- und Finanzmärkten einen stillen Kampf um die Kontrolle über Osteuropa aus – die Sowjets bewilligten den Ostblockstaaten mehr und mehr subventionierte Öl- und Erdgaslieferungen, während der Westen ihnen zunehmend dabei half, Kredite auf den globalen Kapitalmärkten zu bekommen. In den 1980er Jahren verschob sich diese Dynamik. Die Macht der Sowjetunion über die Region ließ nach, als sie ihre subventionierten Energielieferungen reduzierte, und der Westen gewann an Einfluss, als er die Kreditvergabe an die betreffenden Länder an Bedingungen zu knüpfen versuchte.

Diplomatie war im privatisierten Kalten Krieg daher ein wichtiger Faktor, doch was sie vermochte, war stets dadurch begrenzt, dass selbst einflussreiche Nationen wie die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion den Zugang anderer Staaten zu den Energie- und Finanzmärkten nie lückenlos kontrollieren konnten. Neben der Kalten-Krieg-Diplomatie gab es auch immer die Meinungen globaler Marktakteure, sodass beide Aspekte zusammen die zwei internationalen Schlüsseldeterminanten darstellten, die im privatisierten Kalten Krieg über diesen Zugang bestimmten.

— — —

Dass dieser Rahmen des privatisierten Kalten Kriegs eng mit den anfangs erwähnten vier Dimension des Wandels übereinstimmt, sollte nicht überraschen. Der privatisierte Kalte Krieg zeitigte Veränderungen innerhalb und zwischen Staaten sowie von Macht und Identität. Der hier skizzierte Ansatz stellt also in Aussicht, den Zusammenbruch des Kommunismus als Regierungssystem und auf diesem Wege auch das Ende des Kalten Kriegs als geopolitischen Konflikt erklären zu können.

Darin besteht das zentrale Anliegen dieses Buchs, das sich in zwei Teile gliedert. Im ersten geht es um die Entwicklung von Kapitalmärkten und Energieressourcen zu entscheidenden Faktoren der internationalen Politik und den Übergang zu Austeritätspolitik und Sozialabbau, der im Osten wie im Westen mit der Ölkrise von 1973 einsetzte. Dieser Teil kommt zu einem eindeutigen Fazit: Zwischen 1973 und 1985 bewältigten demokratisch-kapitalistische Staaten erfolgreich die Herausforderung, soziale Versprechen zu brechen, während kommunistische Staaten daran scheiterten. Ab Mitte

der 1980er Jahre waren westliche Regierungen damit in einer innenpolitisch relativ starken Position und konnten über den Schuldenhebel Druck auf viele sozialistische Staaten in Osteuropa ausüben. Die Verschuldung des Ostblocks sollte sich als maßgeblich für das Ende des Kalten Kriegs erweisen. Der zweite Teil des Buchs greift die vier Prozesse auf, die von zentraler Bedeutung für diese Entwicklung waren: das Ende des atomaren und konventionellen Wettrüstens, das Ende des globalen ideologischen Wettbewerbs, den Zerfall der sozialistischen Regierungen sowie die Wiedervereinigung Deutschlands. Es wird nachgezeichnet, wie die verflochtene Geschichte von Energie, Finanzen und ökonomischer Disziplin in den dramatischen Ereignissen gipfelte, die wir heute als Zusammenbruch des Kommunismus und Ende des Kalten Kriegs bezeichnen.

Meine Darstellung streift zwar viele Länder auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, fokussiert sich jedoch im Osten vor allem auf Polen, Ungarn, die DDR und die Sowjetunion sowie im Westen auf Großbritannien, die USA und im geringeren Maße auch die Bundesrepublik. Der Fokus auf Ereignisse in Washington, Moskau, Bonn und London sollte auf der Hand liegen, weniger offensichtlich scheint aber, dass ich mich innerhalb des Ostblocks auf Polen, Ungarn und die DDR konzentriere. Ich nehme diese drei Länder deshalb in den Blick, weil das politische Erdbeben von 1989 dort seinen Anfang nahm. Andere Länder in der Region haben hinsichtlich Schulden, Energie und ökonomischer Disziplin ihre jeweils eigene Geschichte – Rumänien etwa zahlte seine Schulden berüchtigtermaßen auf Kosten der eigenen Bevölkerung zurück, während die Tschechoslowakei der starken finanziellen Abhängigkeit vom Westen entging –, allerdings waren sie keine Vorreiter des Wandels von 1989. Um die erstaunlichen Entwicklungen in jenem Jahr zu verstehen, gilt es, den besonderen Verlauf der Ereignisse in Warschau, Budapest und Ostberlin zu erklären.

Zudem sollte ich anmerken, warum ein anderes Land nicht näher thematisiert wird. Die Volksrepublik China ist seit dem Ende der 1970er Jahre eindrucksvoll zur Weltmacht aufgestiegen, indem sie vieles bewerkstelligte, was den in diesem Buch betrachteten kommunistischen Staaten misslang: die Einführung von Marktreformen, die inhaltliche Entschlackung der herrschenden Ideologie und – ein überaus tragisches Ereignis – die gewaltsame Unterdrückung von Bürgerinnen, die 1989 den Wandel forderten. So gesehen würde die Geschichte der Volksrepublik die hier verfolgte Argumentation infrage stellen. Doch es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass die Reformen in China einen ganz anderen Ausgangspunkt hatten als in der Sowjetunion, den osteuropäischen Ländern und im Grunde auch in den entwickelten westlichen Staaten. In den 1970er Jahren war China kein Industrieland, in dem das herstellende Gewerbe und die Schwerindustrie

die tragenden Säulen der Wirtschaft darstellten, sondern eine überwiegend ländlich-agrarische Gesellschaft, in der 80 Prozent der Bevölkerung weiterhin auf dem Land lebten.²⁹ Genauso wenig gab es im China der 1970er Jahre eine politisch verknöcherte Regierung, in der sich etablierte bürokratische und ökonomische Interessengruppen Reformen widersetzt hätten, denn die Volksrepublik hatte damals gerade die Kulturrevolution hinter sich, die die herrschende staatliche Hierarchie, die Ideologie und das Alltagsleben nachhaltig erschüttert hatte. Da Chaos und Elend damals in China weitverbreitete Erfahrungen waren, protestierten große Teile der Bevölkerung (angefangen mit den Bauern) für weniger wirtschaftliche Kontrolle durch den Staat.³⁰ Aufgrund dieser Besonderheiten war der in Beijing eingeschlagene Reformkurs zwar nicht fest vorherbestimmt, doch unter dem Strich durchlief die Volksrepublik eine ganz andere Transformation als die in diesem Buch betrachteten Länder. Die Politik der Aufkündigung sozialer Versprechen war auch dort nicht völlig irrelevant, insgesamt aber ging es bei den Reformen um die Steuerung von Industrialisierung und Wirtschaftswachstum statt um Deindustrialisierung und Austerität.³¹

Durch den Länderfokus in diesem Buch soll ein neuer Deutungsrahmen eröffnet werden, der das Ende des Kalten Kriegs und den Aufstieg des Neoliberalismus als zusammenhängende Produkte des globalen ökonomischen Wandels im späten 20. Jahrhundert begreifbar macht. Dafür müssen schlussendlich die drei oben aufgeworfenen Fragen beantwortet werden: Warum gaben die Führungen im Ostblock ihre imperiale und autoritäre Macht bereitwillig auf? Wieso kam es dazu gerade am Ende der 1980er Jahre? Und warum entstanden auf den Ruinen des Staatssozialismus Demokratien und neoliberale Marktwirtschaften?

Die Antworten auf diese Fragen finden sich in der Politik der gebrochenen Versprechen. In der Weltwirtschaft nach der Ölkrise von 1973 erfüllte das sowjetische Imperium in Osteuropa einen einzigen praktischen Zweck: Es bewahrte die sozialistischen Staaten vor dem Druck, soziale Einschnitte vorzunehmen. Diese Schutzrolle, die sich in Form von subventionierten Lieferungen energetischer und anderer Rohstoffe manifestierte, war jedoch äußerst kostspielig. Anfang der 1980er Jahre befand die sowjetische Führung, dass es in der Tat zu teuer wäre, ihre Verbündeten weiterhin gegen den von der Weltwirtschaft ausgehenden Druck abzuschirmen. So versuchte sie diese Kosten zu senken, auch wenn das hieß, den Verlust ihres Imperiums zu riskieren. Als Gorbatschow den Ostblock über die Aufhebung der Breschnew-Doktrin informierte, wollte er damit nicht das sowjetische Imperium liquidieren, sondern das nach der Ölkrise gegebene Versprechen aufkündigen, dass Moskau seine Verbündeten vor den disziplinierenden Anforderungen der Weltwirtschaft schützen werde. Als das Imperium 1989

bröckelte, nahm der Kreml das Ergebnis friedlich hin, weil er nicht länger glaubte, es sei im nationalen Interesse der Sowjetunion, Osteuropa von der Herausforderung ökonomischer Disziplin zu entbinden.

Der Wegfall des sowjetischen Schutzschirms führte jedoch nicht automatisch dazu, dass die autoritären Machthaber in den kommunistischen Staaten Osteuropas ihre Herrschaft friedlich beendeten. Dazu kam es erst in den späten 1980er Jahren, als sie sich die politische Legitimation verschaffen wollten, die sie für einen Austeritätskurs als notwendig erachteten. Angefangen mit Gorbatschows Perestroika und Glasnost bis hin zu den Verhandlungen am Runden Tisch in Polen und Ungarn waren kommunistische Führungen aktiv darum bemüht, ihre Herrschaft zu legitimieren, damit sie wiederum in der Lage wären, die Gesellschaftsverträge in ihren Ländern einzuschränken. Als sie einsahen, dass diese Bemühungen vielmehr zu ihrem Machtverlust führten, entschieden sie sich dennoch dagegen, eine Niederlage gewaltsam abzuwenden, weil sie verstanden hatten, dass der Austeritätsdruck fortbestehen würde. Auf diesem Feld gab es für die Sieger des Machtkampfs keine Beute zu holen, sondern nur Kosten zu erwarten – eine Bürde, die die kommunistischen Regierungschefs lieber ihren Nachfolgern überließen.

Diese verblüffenden Vorgänge im Sowjetimperium und den kommunistischen Staaten ereigneten sich gerade damals, weil die globalen Energie- und Finanzmärkte in den späten 1980er Jahren die Aufkündigung von Versprechen im Ostblock unausweichlich machten. Der Zugang zu sowjetischer Energie und westlichen Kapitalmärkten hatte es Ostblock-Regierungen während der 1970er Jahre ermöglicht, entsprechende Schritte hinauszuzögern. Doch die Phase, in der Osteuropa die Vorteile subventionierter Öllieferungen und das Vertrauen der westlichen Kapitalmärkte genoss, erreichte Anfang der 1980er Jahre ihren Zenit und war schließlich unwiderruflich vorüber. Der Zeitpunkt, an dem der Kalte Krieg ein Ende fand, war also nicht nur bedingt durch individuelles Handeln und historische Kontingenzen, sondern auch durch strukturelle Entwicklungen im internationalen System, die bis zur Ölkrise zurückreichten.

Dass dem Zusammenbruch des Kommunismus im Osten Demokratie und neoliberale Marktwirtschaft folgten, hat denselben Grund, aus dem sich beides auch in den letzten zwei Jahrzehnten des Kalten Kriegs im Westen bewährte – als politische und ökonomische Systeme waren sie am besten geeignet, um von sozialen Versprechen abzurücken. Denn demokratisch-kapitalistische Staaten waren keineswegs gefeit vor den Herausforderungen, mit denen sich die kommunistische Welt im späten Kalten Krieg konfrontiert sah. Auch sie mussten ihre nach 1945 etablierten Gesellschaftsverträge in den 1970er und 1980er Jahren revidieren. Während der

Osten an dieser Aufgabe scheiterte, sollte sie dem Westen jedoch gelingen, da seine politischen Systeme und weltanschaulichen Traditionen eine Reihe entscheidender Vorzüge boten.

Auch westliche Regierungen machten ihren Bevölkerungen in den ersten drei Jahrzehnten des Kalten Kriegs allerhand soziale Versprechen, stellten aber nie in Aussicht, Gesellschaft und Wirtschaft in jeder Hinsicht zu kontrollieren. Selbst auf dem Höhepunkt keynesianischer Planung in der Nachkriegszeit beharrten sie auf der Trennung zwischen dem »Staat« – also dem von ihnen kontrollierten Gesellschaftsbereich – und dem »Markt«, den sie zwar regulierten, aber nicht vollständig steuerten. Dies stand in deutlichem Kontrast zur kommunistischen Gegenseite, die stolz verlautbarte, die Grundlage ihrer Macht und Legitimation beruhe eben darauf, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft *in toto* zu kontrollieren.³² Demokratisch-kapitalistische Regierungen machten ihren Bevölkerungen weniger umfassende Versprechen und konnten sich von diesen daher müheloser abwenden.

Gleichwohl fiel dies auch im Westen nicht leicht. In den 1970er Jahren glaubten viele der klügsten Beobachter, die beharrliche Unfähigkeit von Demokratien, ökonomische Disziplin durchzusetzen, könnte sich als verhängnisvolle Schwachstelle dieses politischen Systems erweisen.³³ Die Erfahrung der 1980er Jahre macht jedoch das genaue Gegenteil deutlich. Der Aufstieg von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA zeigte, dass die wirkungsvolle Kombination von Demokratie und neoliberaler Ideologie in der Ära gebrochener Versprechen einen robusteren und anpassungsfähigeren Staat hervorzubringen vermochte als der sozialistische Autoritarismus. Auch wenn Wahlen demokratische Regierungen dazu zwangen, auf die Interessen ihrer Bevölkerung einzugehen, dienten sie den Demokratien doch als Mittel, um auf friedlichem und stabilem Wege ihre herrschenden Ideologien umzugestalten. Thatcher und Reagan vollzogen zwar eine radikale Abkehr von den weltanschaulichen Paradigmen, die Großbritannien und die USA in der Nachkriegszeit geprägt hatten, aber der Staat selbst überlebte dies in beiden Ländern. Der Autoritarismus bot den staatssozialistischen Regierungen dagegen keinen solchen Mechanismus für eine tragfähige ideologische Erneuerung und Anpassung. Sobald Gorbatschow die herrschende sowjetische Ideologie zu revidieren versuchte, führte das überall in der sozialistischen Welt zu massiver Instabilität und letztendlich zum Zusammenbruch des Ostblocks.

Während westliche Staaten mit Wahlen über ein taugliches politisches Mittel verfügten, um gesellschaftspolitische Versprechen zu brechen, lieferte der Neoliberalismus die ideologischen Ziele. Einmal an der Macht, reaktivierten Thatcher und Reagan die rhetorische Tradition des ökonomi-

schen Liberalismus, die in der Hochphase des Keynesianismus der Nachkriegszeit brach gelegen hatte. Mit der Verklärung des Individualismus und der Kritik an sämtlichen Formen staatlicher Intervention bot der Neoliberalismus ein nützliches ideologisches Gerüst zur Rechtfertigung von Austerität und Sozialabbau. Auch hier konnte die weltanschauliche Tradition des Staatssozialismus auf keinerlei Pendant zurückgreifen. Gorbatschow versuchte zwar, mit der Perestroika die geeignete Ideologie für eine solche Politik zu schmieden, hatte aber immer wieder Mühe, seinen Entwurf in die Tradition des Marxismus-Leninismus zu stellen, die er schließlich einfach aufgab.

All das deutet auf einen sonderbaren und beunruhigenden Triumph des Westens im Kalten Krieg hin, doch es ist die einzige Form von »Triumphalismus«, die uns das Ende dieses Konflikts lehren kann. Die Feststellung, dass der Westen den Kalten Krieg gewonnen hat, sollte uns keine Schwierigkeit bereiten, aber wir müssen auch begreifen, warum es so kam. Der demokratische Kapitalismus setzte sich durch, weil er sich als fähig erwies, der eigenen Bevölkerung ökonomische Disziplin aufzuerlegen. Der Kommunismus brach zusammen, weil ihm das nicht gelang. Aus den Trümmern des Kalten Kriegs ging im Osten wie im Westen die neoliberale Demokratie hervor, weil sie das beste ideologische System bot, um Versprechen zu brechen. Der Triumph der gebrochenen Versprechen ist ein Thema, zu dem wir im Schlussteil dieses Buchs zurückkehren. Zunächst müssen wir uns jedoch jener Krise zuwenden, die die Weltwirtschaft und den Kalten Krieg unwiderruflich veränderte. Als sich Anfang der 1970er Jahre der Ölpreis plötzlich vervierfachte, sollte die Welt nie wieder dieselbe sein.

Inhalt

Einleitung: Versprechen geben, Versprechen brechen	7
Teil I Die Privatisierung des Kalten Krieges	27
1 Der Ölchock im Kalten Krieg	29
2 Jahre der Illusionen und der Abrechnung	59
3 Eine Geschichte zweier Krisen	85
4 Die kapitalistische Perestroika	123
5 Der ökonomische Kalte Krieg	149
Teil II Das Ende des Kalten Krieges	185
6 Die sozialistische Perestroika	187
7 Eine Phase außergewöhnlicher Politik	221
8 Der Zwang der Kreditwürdigkeit	255
9 Abwanderung, Gewalt oder Austerität	283
10 Disziplin oder Rückzug	317
Schluss: Gebrochene Versprechen	357
Danksagung	377
Literaturverzeichnis	382
Anmerkungen	393
Personenregister	436

Zum Autor

Fritz Bartel ist Professor of International Affairs an der Bush School of Government & Public Service der Texas A & M University.

Gebrochene Versprechen wurde mit dem Presidential History Book Prize 2023 ausgezeichnet.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
verlag@hamburger-edition.de
www.hamburger-edition.de

© der deutschen Ausgabe 2025 by Hamburger Edition
© der Originalausgabe 2022 by the President and Fellows of Harvard College
Titel der Originalausgabe: »The Triumph of Broken Promises: The End of the
Cold War and the Rise of Neoliberalism«
First published by Harvard University Press.

Umschlaggestaltung: Lisa Neuhalfen, Berlin
Satz aus Alegreya Serif und Sans durch Dörlemann Satz, Lemförde
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-86854-402-2
1. Auflage Mai 2025